

## INTERNATIONAL

6 GEGEN DEN KRIEG UND SEINE AKTUEERE!

## BRD

8 UKRAINE-KRIEG UND DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS

## FRAUEN

10 8. MÄRZ 2022 INTERNATIONAL

## BERLIN

12 POLIZEI VERSUCHT ANGRIFF VON FASCHISTEN UNTER DEN TEPPICH ZU KEHREN

## HAMBURG

14 „DISPARITÄTENAUSGLEICH“ AN HAMBURGER SCHULEN

## BREMEN

16 WOHLERS EICHEN. WOHNEN AUF EINER GROSSBAUSTELLE

## NORDRHEIN-WESTFALEN

18 ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLEN TARIFKÄMPFE

## BADEN-WÜRTTEMBERG

20 VERDRÄNGUNG IM METZGERGRÜN

## KULTUR

22 MURALS – KUNST FÜR DAS VOLK AUF STEIN UND BETON

## **INHALT**

**4 BILD DES MONATS**

**6 INTERNATIONAL**

**8 BRD**

**10 FRAUEN**

**12 BERLIN**

**14 HAMBURG**

**16 BREMEN**

**18 NORDRHEIN-WESTFALEN**

**20 BADEN-WÜRTTEMBERG**

**22 KULTUR**

**ARGENTINIEN: MASSENPROTESTE GEGEN IWF-ABKOMMEN**

**GEGEN DEN KRIEG UND SEINE AKTUERE!**

**DER KRIEG IN DER UKRAINE UND DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS**

**8. MÄRZ 2022 INTERNATIONAL**

**BERLINER POLIZEI VERSUCHT ANGRIFF VON FASCHISTEN UNTER DEN TEPPICH ZU KEHREN**

**„DISPARITÄTENAUSGLEICH“ AN HAMBURGER SCHULEN**

**WOHLERS EICHEN –  
WOHNEN AUF EINER GROSSBAUSTELLE**

**ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLEN TARIFKÄMPFE**

**„LIEBER STERBEN ALS AUSZIEHEN“ –  
VERDRÄNGUNG IM METZGERGRÜN**

**MURALS – KUNST FÜR DAS VOLK  
AUF STEIN UND BETON**

## **KONTAKT**

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an [rotepost@gmx.de](mailto:rotepost@gmx.de)

## **V. I. S. D. P.**

Franziska Vogler  
Blodigstr. 15  
80933 München

## **EIGENTUMSVORBEHALT**

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dem Überfall der russischen Imperialisten auf die Ukraine, den darauf folgenden Kriegshandlungen und den Reaktionen der anderen imperialistischen Mächte, hat sich einmal mehr in eindrucksvoller Deutlichkeit bestätigt, was wir seit Jahren betonen: Dieses System ist weder friedlich noch das „letzte“ und „überlegene“ in der Geschichte, sondern ein sich zersetzendes System, das in einem komplexen System von Kriegen aller Art untergehen wird. Alle Illusionen über eine „friedliche Entwicklung“ zu einer besseren Welt sind widerlegt und schaden uns, weil sie Vertrauen in unseren Feind bedeuten, diese verdammte Ordnung der Ausbeutung, den Imperialismus. Wir leben in Zeiten des Krieges.

Der Angriffskrieg des russischen Imperialismus ist ein ungerechtfertigter Krieg, er ist eine imperialistische Aggression gegen ein unterdrücktes Land, die zudem mitnichten im Interesse des russischen Volkes ist. Es bestätigt sich doch, dass Russland sich im beständigen Konflikt mit den USA weiter insgesamt in der Defensive befindet. Die USA sind (mit China, von denen sich Russland jetzt zunehmend abhängig macht) diejenigen, die von diesem Krieg zumindest bis jetzt hauptsächlich profitieren, und sie haben ihn durch die Einkreisungspolitik der NATO provoziert. Das Regime in Kiew ist eine Bande ihnen dienender Agenten, die Ausverkäufer der Ukraine an die Imperialisten sind. Der deutsche Imperialismus nutzt den Krieg, um seine Pläne weiter umzusetzen, was sowohl die Aufrüstung als auch die Stationierung von Truppen in unterdrückten Ländern zeigen. Gangster-Kanzler Scholz hielt im Bundestag eine chauvinistische, kriegstreiberische Rede, für die er vom nahezu gesamten Parlament begeisterten Beifall bekam. Die 100 Milliarden Euro, die die Kriegstreiber der Bundesregierung der Bundeswehr zur Verfügung stellen, machen deutlich, in welche Richtung sich der deutsche Imperialismus bewegt: er strebt danach, wieder eine Supermacht zu werden, und nutzt den Krieg, um die Verstärkung seines Heeres zu rechtfertigen.

Der Krieg in der Ukraine ist in aller Munde und entsprechend steht diese Ausgabe thematisch auch im Lichte dieses Krieges. Bereits jetzt hat der Krieg immense Folgen für die Entwicklung des Klassenkampfes in diesem Land; so hat er in der Wirtschaft zu nochmal in die Höhe schießenden Preisen für Öl- und Gasprodukte geführt, auf anderer Ebene wird der Chauvinismus gegenüber russischen Arbeitern und dem russischen Volk, die sowohl Brüder des deutschen Proletariats als auch des ukrainischen Volkes sind und gleichermaßen kein Interesse an diesem Krieg haben, stark verbreitet, sodass es bereits zu zahlreichen Angriffen, wie z.B. von Faschisten auf eine deutsch-russische Schule in Berlin-Marzahn kam. Und zugleich entwickeln die deutschen Imperialisten eine zynische „Willkommenspolitik“ für ukrainische Flüchtlinge, die sich Migranten aus dem arabischen oder afrikanischen Raum niemals erhoffen konnten, und bei der es nicht um „Menschlichkeit“ geht, sondern darum, wie sie zum Teil offen zugeben, billige qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen, z.B. im Pflegebereich, um die Löhne drücken zu können.

Es ist klar, dass dieser Krieg lediglich ein Vorgeschmack auf das ist, was uns in den kommenden Zeiten bevorsteht. Inmitten dieser internationalen Situation erscheint diesen Monat die 50. Ausgabe der Roten Post, die wir seit mittlerweile mehr als vier Jahren jeden Monat herausbringen. Die Situation entwickelt sich durch den Krieg weiterhin sehr schnell, daher wird es auch diesen Monat noch einige wichtige Ereignisse geben, die sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht exakt voraussehen lassen und die entsprechend in den Artikeln nicht enthalten sind.

Eure RoPo-Redaktion



In Argentinien hat es massive Proteste gegen ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), das die Schulden Argentiniens auf 45 Milliarden Dollar setzen soll, was einen Raub am argentinischen Volk bedeutet, gegeben. In der Hauptstadt Buenos Aires nahmen am 10. März Tausende an Demonstrationen teil, bei denen unter anderem das Kongressgebäude mit Steinen und Graffiti attackiert wurde und es Kämpfe mit der Polizei gab. Vielerorts wurden Fahnen und Symbole der USA verbrannt, wie auch der FMI-Schriftzug hier (IWF auf Spanisch: Fondo Monetario Internacional) in den Farben der Vereinigten Staaten.

*Quelle: Reuters.com*



## GEGEN DEN KRIEG UND SEINE AKTUERE!

*In diesem Artikel wollen wir uns mit mehreren Gesichtspunkten des Krieges in der Ukraine beschäftigen, der am 24. Februar 2022 vom russischen Imperialismus losgebrochen wurde. Wir haben uns dazu entschieden, einen allgemeinen Überblick über die verschiedenen Akteure zu geben und den Artikel in verschiedene Teile aufzuteilen. Aus diesem Grund können wir nicht alles im Detail ausführen. Die Rolle, die der deutsche Imperialismus spielt, lassen wir in diesem Artikel aus da sich der BRD-Artikel in dieser Ausgabe damit beschäftigt.*

### DIE IMPERIALISTISCHE AGGRESSION

#### RUSSLANDS

Der Angriffskrieg, den Russland am 24. Februar 2022 gegen die Ukraine gestartet hat, ist ein ungerechtfertigter, imperialistischer Angriffskrieg und muss aufs Schärfste verurteilt werden. Denn dieser Krieg ist nicht im Interesse des russischen Volkes gestartet worden und das russische Volk wollte diesen Krieg nicht. Es ist ein Krieg der russischen Imperialisten unter Führung von Vladimir Putin.

Dieser Krieg ist auf der Grundlage gewachsen, dass sich Russland seit dem Zusammenbruch der sozialimperialistischen Sowjetunion in einer permanenten Einkreisung durch den Yankee-Imperialismus befindet. In dieser Zeit ging es auch wirtschaftlich immer weiter bergab. Russland hat heute nur noch gut ein Zehntel der ökonomischen Kraft von China und ist im Vergleich der größten Volkswirtschaften Weltweit auf Platz 11, hinter Ländern wie Italien oder Südkorea. Das, was Russland weiter zum einzigen ebenwürdigen Konkurrenten des US-Imperialismus macht, ist seine militärische Stärke, bzw. sein atomares Erbe aus Sowjetzeiten. Denn kein Land auf der Welt hat ein so großes Arsenal an nuklearen Waffen wie der russische Imperialismus. Die Stärke Russlands ist also militärischer Natur und so agiert Russland vor allem militärisch, wie mit der Invasion in der Ukraine.

Der Krieg in der Ukraine ist keineswegs aus einer spontanen Laune Putins heraus entstanden. Er wurde über Jahre vorbereitet. Zum einen durch den Aufbau der sogenannten „Volksrepubliken“ Luhansk und Donezk, die durch von Russland geführten Agenten, Söldner und Verbrecherbanden aufgebaut worden sind und von Russland nun als unabhängige Staaten hingestellt werden. Zum anderen aber haben die russischen Imperialisten in den letzten Jahren Devi-

senrücklagen in Höhe von 620,8 Milliarden Dollar angesammelt. Das erlaubt ihnen, Sanktionen, denen sie auch jetzt unterzogen werden, eine gewisse Zeit lang widerstehen zu können. Unvorbereitet waren sie also mitnichten, denn die russischen Imperialisten wissen ganz genau, dass man am Verhandlungstisch nur das verteidigen kann, was man auf dem Schlachtfeld gewonnen hat.

### DIE ROLLE DES YANKEE-IMPERIALISMUS

Seit über 30 Jahren verfolgt der Yankee-Imperialismus mit seinen Bündnispartnern in der NATO den Plan zur Einkreisung Russlands. Allein in den Jahren 1999 und 2004 wurden zusammengenommen 10 Länder im Osten Europas in die NATO aufgenommen. Darunter auch Estland und Lettland, die direkt an Russland grenzen. Schon seit 2008 stehen US-Langstreckenraketen in Polen. Die Yankees als einzig hegemoniale imperialistische Supermacht wollen ihren einzig ebenbürtigen Rivalen auf der Welt vernichten. Sie versuchen das seit Jahrzehnten in Verschwörung mit dem deutschen, dem französischen und dem britischen Imperialismus. Verschiedene Verträge und Abkommen wurden für diesen Plan der Yankees geopfert, wie z.B. der „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ von 1991. Im Lichte dieses Plans der Einkreisung Russlands steht auch der Putsch in der Ukraine von 2014. Damals wurde die ukrainische Regierung unter Viktor Janukowytsch, Lakai des russischen Imperialismus, durch ein Marionettenregime, das im Dienste der Yankees und der EU stand, ersetzt. Seitdem haben die Yankees Russland und die Ukraine immer mehr in einen Konflikt getrieben. Jede Trauerbekundung, die von den Yankees über den Krieg in der Ukraine ausgesprochen wurde und jede Beschwerde über den Ausbruch des Kriegs ihrerseits war und ist verlogenes Gerede; sind sie doch diejenigen, die die ganze Zeit Interventionen in unterdrückte Länder beginnen.

## KEINE UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS LANDES- VERRÄTERISCHE REGIME IN KIEW!

Das Regime in der Ukraine unter Führung des Clowns Wolodymyr Selenskyj ist ein landesverräterisches Marionettenregime. Sie sind Landesverräter, weil sie das Land an die imperialistischen Raubtiere verkaufen, weil sie die Ausbeutung des Landes garantieren und der Zweck ihrer Existenz darin besteht, diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Eine Aufnahme in die NATO, nach der das Regime seit Jahren bettelt, ist vor allem das Interesse der Yankees, um ihren Plan gegen Russland weiter voranzutreiben.

Präsident Wolodymyr Selenskyj, der von Anfang an versuchte, sich als Märtyrer zu verkaufen, weil er nach der Invasion nicht ins Exil geflohen ist, ist kein „Mann des Volkes“. In seinem alten Beruf als Schauspieler konnte er eine solche Rolle in einer Serie mit diesem Namen vielleicht spielen. Heute ist er aber nichts als ein verdammter der Imperialisten, der das ukrainische Volk verraten hat.

## DIE VÖLKERFREUNDSCHAFT IST NICHT ZU BRECHEN

Die Völker wissen und bringen zum Ausdruck, dass es nicht ihr Krieg ist, der da von den Imperialisten

angezettelt wurde. Auch die Proteste, die in Russland seit Beginn des Krieges trotz massiver Repression des russischen Staates durchgeführt werden, zeigen das. Beide Völker wissen, dass sie nichts durch diesen Krieg zu gewinnen haben und wissen, dass sie einzig und allein die Leidtragenden dieses Konfliktes sind.

Die Arbeiterklasse und die Völker Russlands und der Ukraine blicken auf eine gemeinsame Geschichte, gezeichnet durch Freundschaft und Brüderlichkeit zurück. Sie haben Schulter an Schulter ihr Blut gegeben im Kampf für die Große Sozialistische Oktoberrevolution 1917, für den Kampf und die Verteidigung der Diktatur des Proletariats, für den Aufbau des Sozialismus und ganz besonders im Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion. Der zweite Weltkrieg, in dem beide Völker gemeinsam in der Rote Armee gegen den blutrünstigen deutschen Imperialismus und den Faschismus kämpften und siegten, forderte das Leben von 24 Millionen Sowjetbürgern. Die meisten waren Russen, und die Ukraine verlor die Hälfte ihrer Bevölkerung. Diese Bruderschaft der Völker, die durch unerbittlichen gemeinsamen Kampf gestählt wurde, kann nicht zerschlagen werden von den imperialistischen Kriegstreibern. Die Völker werden wie vor über 100 Jahren die rote Fahne wieder erheben, die Kommunistische Partei rekonstituieren und die Imperialisten aller Art zerschlagen, wie ihre Vorfahren es einst taten. •



## DER KRIEG IN DER UKRAINE UND DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS

**M**it dem Angriffskrieg, den der russische Imperialismus gegen die Ukraine losgebrochen hat, entstand natürlich auch eine neue Situation in der BRD, entstanden neue Widersprüche, sowohl für die deutschen Imperialisten als auch für das Proletariat und das Volk. Während die Bluthunde des deutschen Imperialismus nun versuchen, möglichst viel Gewinn aus diesem Krieg zu ziehen, steht fest, dass sich die Situation des Proletariats, besonders seiner tiefsten und breitesten Teile, weiter verschärfen wird. Nicht nur, dass sie mit dieser imperialistischen Aggression das Blut unserer Klassenbrüder und Klassenschwestern in der Ukraine vergießen. Der Krieg hat auch für uns hier in der BRD eine direkte Auswirkung, weil die Preise für Öl und Gas weiter in die Höhe schnellen, was in letzter Konsequenz vor allem die Arbeiter trifft.

Zunächst einmal ist klarzustellen, dass die deutschen Imperialisten in diesem Moment kein Interesse an einem Krieg in der Ukraine haben. Es ist nicht in ihrem Sinne, weil es ihren Plan behindert, der zum Ziel hat, Deutschland wieder zu einer imperialistischen Supermacht heranwachsen zu lassen. Denn eine der Notwendigkeiten, die die BRD hierzu verfolgt, ist unabhängiger zu werden, ganz besonders von den Yankees. Diese Frage ist zentral für den deutschen Imperialismus, denn ein imperialistischer Staat, der abhängig von anderen ist, kann nicht zu einer Supermacht werden. Das zeigte auch das ganze Geschacher um Nord Stream 2, das im Vorfeld des Krieges gemacht wurde. Die Sanktionen gegen Russland, die jetzt gemacht wurden, bewirken das genaue Gegenteil. Besonderen Stellenwert hat an dieser Stelle auch die Frage der Unabhängigkeit in Sachen Energie. Schon 2020 veranlasste die damalige Bundesregierung deshalb die „Nationale Wasserstoff Strategie“, die zum Zweck hat, dieses Problem zu lösen. Die Ukraine spielt eine Rolle innerhalb dieses Plans der deutschen Imperialisten. Denn 2021 wurde festgelegt, dass die Ukraine Hauptlieferant für den sogenannten grünen Wasserstoff werden soll. Unter Führung der BRD wurde mit der Ukraine schon zuvor eine Kooperation gegründet, die Energielieferungen sichern sollte. Diese Sache wird durch den Krieg zerstört.

Aus dieser Situation heraus begann der deutsche Imperialismus aber schon am Tag der Invasion Russlands damit, den Krieg möglichst für die eigenen Zwecke zu nutzen. Mit der Aussage des Bundeswehr-Heeresinspektors Alfons Mais, der sagte *„Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“*, starteten die deutschen Imperialisten eine Propagandaoffensive. Die alte Lüge, dass die Bundeswehr nicht „einsatzfähig“ sei, wurde neu aufgetischt, und der Tenor strikt auf Aufrüstung gestimmt. All die verlogene Trauer über den Krieg stand ab sofort im Dienste der allgemeinen Aufrüstung der deutschen Streitkräfte. So wurde versucht, die schon seit langer Zeit angepeilte Aufrüstung der Bundeswehr gemäß dem 2-Prozent-Ziel der NATO zu rechtfertigen. Dieses gibt vor, dass die BRD mindestens 2 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) in den Rüstungsetat stecken muss und würde bedeuten, dass über 70 Milliarden Euro jährlich für das Militär fließen. Die Erfüllung dieses 2-Prozent-Ziels hat die Ampel-Regierung schon mit ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, in dem sie im Absatz *„Außen, Sicherheit, Verteidigung, Entwicklung, Menschenrechte“* schreibt: *„Wir wollen, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten und inklusiven Ansatzes langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert, so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt.“* (Seite 144). Der Krieg in der Ukraine bot die perfekte Grundlage, dieses gesteckte Ziel durchzusetzen. Doch wie sich zeigte, war das nicht genug für die deutschen Imperialisten. Am 27. Februar verkündete Bundeskanzler und Mafioso Olaf Scholz, die BRD werde *„von nun an – Jahr für Jahr – mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in unsere Verteidigung investieren“*. So beschloss die Bundesregierung ein „Sondervermögen“ in Höhe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr, das sogar im Grundgesetz verankert werden soll. Weiter sagte Olaf Scholz: *„Klar ist: Wir müssen deutlich mehr investieren in die Sicherheit unseres Landes, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen.“* Bundesfinanzminister Christian Lindner fügte hinzu, das Sondervermögen sei *„im Grundgesetz abgesichert, sodass es nicht einfach von wechselnden*

*parlamentarischen Mehrheiten in Frage gestellt, modifiziert oder anderes verwendet werden kann. Also insofern ist das ein neues Instrument, weil 15 Jahre Vernachlässigung der Bundeswehr nicht in 12 Monaten aufgeholt werden können.“* So sind es Milliarden, die über das sogenannte 2-Prozent-Ziel hinauschießen, die zukünftig in Rüstung investiert werden und die mit der Verankerung im Grundgesetz auch dauerhaftes Instrument der deutschen Imperialisten sein werden.

Parallel zur Propagandakampagne rund um die Erhöhung des Rüstungsetats schickte der deutsche Imperialismus auch mehr Truppen nach Osteuropa und rechtfertigte dies natürlich auch mit dem Ausbruch des Krieges. Schon am Tag der Invasion kündigte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) an: *„Wir werden weitere Kompanien bereitstellen. Wir werden uns auch mit Luftraumüberwachung und Flugabwehr engagieren. Die Details stimmen wir jetzt in der Nato ab.“* In der sogenannten NATO-Response-Force, die am 25. Februar zum ersten Mal in der Geschichte aktiviert wurde, stellt die BRD allein 13.700 Streitkräfte. So entsandte die BRD Truppen ins Baltikum und in die Slowakei, die im Nordosten ein kurze Grenze zur Ukraine hat. Neben den Streitkräften werden auch deutsche „Patriot“-Flugabwehrsysteme in der Slowakei installiert. So stehen wieder deutsche Streitkräfte

in dem Land, das sich der deutsche Imperialismus unter Hitlers Führung vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Verschwörung mit dem französischen und britischen Imperialismus einverleibt hat. Damals gestanden Großbritannien und Frankreich den deutschen Imperialisten im Zuge der sogenannten Appeasement-Politik kurz vor dem zweiten Weltkrieg zu, die Tschechoslowakei stückchenweise zu verteilen und sich einzuverleiben. So zeigt sich eine gewisse Kontinuität, die der deutsche Imperialismus verfolgt.

Das Proletariat und das Volk der BRD haben keinerlei Gemeinsamkeiten mit den Interessen der deutschen Imperialisten. Wir müssen den imperialistischen Krieg ablehnen, müssen die Aufrüstung ablehnen, die Truppenverlegungen nach Osteuropa ablehnen und mit all unserer Kraft dafür kämpfen, dass der deutsche Imperialismus nie wieder einen Krieg führt, geschweige denn gewinnt. Unser Interesse als Klasse ist die Niederlage des deutschen Imperialismus in jedem Krieg, denn es ist nicht unser Krieg den sie führen. Unser Krieg als Klasse gilt den imperialistischen Barbaren, gilt den deutschen Imperialisten, an deren Händen das Blut der Völker klebt. So lange das imperialistische System besteht, wird es Krieg geben, und nur die Zerschlagung des Imperialismus wird uns den Frieden bringen. •



*„Einer muss ja der Bluthund sein“ – Motto der SPD seit über 100 Jahren*

## 8. MÄRZ 2022 INTERNATIONAL

Der 8. März, der Internationale Frauentag, rief auch dieses Jahr weltweit wieder Millionen von Frauen auf die Straße, die gegen ihre doppelte Unterdrückung durch Imperialismus und Patriarchat demonstrierten. vielerorts waren die Aktionen geprägt vom Kontext des Kriegs in der Ukraine und hatten entsprechend auch einen antimilitaristischen Charakter. Wir wollen an dieser Stelle einen groben Überblick über internationale Aktionen der revolutionären Kräfte in der Frauenbewegung zum 8. März geben.

### Kolumbien

In Medellín fand eine kämpferische Aktion statt, bei der über den Tag verteilt Protestzüge liefen, dabei wurden Graffiti für die revolutionäre Organisation der Frauen gesprüht, politische Propaganda der Herrschenden sabotiert und angegriffen, Fahrzeuge des öffentlichen Nahverkehrs beschädigt, Böller gegen eine Bildungseinrichtung mit einem Vergewaltiger-Lehrer geworfen und auch diese bemalt.



### Indien

Mehr als 10.000 Frauen marschierten am 8. März in Bastar im Bundesstaat Chhattisgarh für die Erhaltung der Rechte der Frau und hoben in Parolen hervor, dass diese nur möglich ist, wenn der alte Staat der Ausbeuter gestürzt wird. Die Veranstaltung mit Tänzen, Kundgebungen und Spruchbändern wurde von der Revolutionären Stammesfrauenvereinigung organisiert und fand unter dem Schutz der Volksbefreiungsguerillaarmee statt; Menschen aus mehr als 20 Dörfern beteiligten sich.



### Finnland

In Tampere marschierten fortschrittliche Kräfte am 8. März für höhere Löhne für arbeitende Frauen und gegen den imperialistischen Krieg, wobei es auch spontane Anti-NATO-Rufe gab. Revolutionäre beteiligten sich unter anderem mit einer Fahne der brasilianischen Volksfrauenbewegung (Movimento Feminino Popular – MFP).



### Türkei

Wie üblich, gab es in allen Gegenden des Landes zahlreiche Proteste mit großer Beteiligung. Unter anderem in İzmir und dem Stadtteil Taksim in Istanbul gab es heftige Ausschreitungen und Kämpfe gegen die Polizei.



### Norwegen

In zahlreichen Städten Norwegens wurden zum 8. März Aktionen gegen die Unterdrückung der Frau durch Imperialismus und Patriarchat durchgeführt. In Oslo organisierten Revolutionäre eine kämpferische Demo, zu der auch Revolutionäre aus anderen Ländern, unter anderem aus Deutschland, mobilisiert wurden. Eine Reihe an Einzelpersonen und weiteren Kräften schloss sich dem Block der Revolutionäre an und sorgte mit für den kämpferischen Charakter der Demonstration.



### Palästina

Palästinensische Frauen begingen den 8. März in der Nähe der Stadt Nablus kämpferisch und errichteten Barrikaden aus brennenden Autoreifen. Später griff das israelische Militär die Aktion an.



### BRD

In Bremerhaven wurde vom Roten Frauenkomitee Bremen im Arbeiterviertel Lehe eine Kundgebung unter der Parole „Frauen heraus zum Kampf! Nieder mit dem imperialistischen Krieg!“ durchgeführt. Leute aus dem Viertel schlossen sich kurzerhand der Kundgebung an trugen die roten Fahnen mit Hammer und Sichel und Schilder mit Parolen gegen den Krieg.

Im Berliner Arbeiterviertel Marzahn fand eine Demonstration statt, die zum Denkmal der Kommunistin Clara Zetkin, die den Internationalen Frauenkampftag 1910 ins Leben gerufen hatte, führte.



## BERLINER POLIZEI VERSUCHT ANGRIFF VON FASCHISTEN UNTER DEN TEPPICH ZU KEHREN

**D**ie 17-jährige Dilan S. wurde am 5. Februar in der Tram auf dem Weg zum S-Bahnhof Greifswalder Straße von einer Gruppe von sechs Faschisten zunächst beleidigt und im Anschluss an der Tramhaltestelle so lange verprügelt, dass sie mit einer Gehirnerschütterung, einem Schädel-Hirn- und einem Bauchtrauma und unzähligen Prellungen drei Tage im Krankenhaus verbringen musste. Die Haltestelle war zu diesem Zeitpunkt gut besucht, doch trotz der Hilferufe zeigten sich die Zeugen teilnahmslos und schritten in keiner Form ein. Angriffe und Übergriffe wie dieser sind in Deutschland im Allgemeinen und auch Berlin im Besonderen keine Seltenheiten, Opferberatungsstellen berichten immer wieder Zahlen von 300 bis 400 Fällen von Übergriffen, Bedrohungen und Beleidigungen mit ähnlichem Hintergrund – im Jahr. Durchschnittlich passiert das in Berlin also täglich, wenn auch glücklicherweise meistens mit weniger direktem Schaden der Betroffenen. So markiert dieser Angriff auf die 17-Jährige einen Hochpunkt in einer allgemeinen Tendenz der gewaltsamen Übergriffe durch Faschisten.

Die Polizei berichtete kurz nach der Tat, dass der Grund ein Streit gewesen sei, der entstand, da Dilan keine Maske getragen habe, was sie im Übrigen getan hatte. Sie erwähnten in ihrer Pressemitteilung nur am Rand, dass Dilan „Nach Angaben der Jugendlichen“ auch „von zwei Frauen aus der Gruppe rassistisch beleidigt worden“ sei. Sie betitelten die Mitteilung allerdings so: „Bei einem Streit über eine fehlende Mund-Nase-Bedeckung wurde gestern Abend in Prenzlauer Berg eine 17-Jährige verletzt.“ Das wurde prompt und ohne Weiteres von der „Deutschen Presse Agentur“ (dpa) übernommen und landete so in einer Vielzahl vor allem lokaler Zeitungen auf dem Titelblatt. Dilan erfuhr davon im Krankbett und beschloss, das Geschehene mit einem Video richtig zu stellen. Sie veröffentlichte es auf Instagram, wo es über 8 Millionen Aufrufe erhielt. Erst in Folge dessen und der öffentlichen Aufmerksamkeit fühlte sich die Berliner Polizei genötigt, sich zumindest zum Teil zu korrigieren. So veröffentlichten sie eine weitere Pressemitteilung, in der sie einräumen, dass Dilan eine Maske getragen habe, und rechtfertigten sich so: „Wie

*bei jeder anderen Pressemeldung der Polizei Berlin auch, kann nur der Stand der Informationen wiedergegeben werden, der zum Zeitpunkt des Verfassens der Meldung bestand. Die hier verwendeten Informationen stammten aus den vor Ort aufgenommenen Strafanzeigen, die, wie die weiteren Ermittlungen gezeigt haben, missverständlich formuliert waren.“* Wieder benennen sie das Motiv der Täter nicht. Ebenso wenig erklären sie, was an den Aussagen missverständlich gewesen sei und wie das zu Stande kommen konnte. In ihrer ersten Mitteilung ist klar zu erkennen, dass sie bereits eine Aussage von Dilan hatten, in der sie, wie sie selbst beschreibt und auch aus der Mitteilung hervorgeht, das Tatmotiv klar als Rassismus benennt. „Ich wurde gestern zusammengeslagen, weil ich Ausländerin bin“, formuliert sie es in ihrem Video.

Bei der Polizei, vor allem in Berlin, ist es nicht verwunderlich, dass sie die Hintergründe und Motive ihrer Kameraden verschleiern. Wie ihre Haltung zu Faschisten ist, haben sie schon oft genug bewiesen, mit ihren faschistischen Gewaltfantasien, mit ihren Chatgruppen und den sich häufenden Vorfällen. Ein Beispiel sind die Anschlagserien in Neukölln, die sich schon in die vergangenen Jahre erstrecken und bei denen die Fahndung und Aufklärung nicht nur schleppend betrieben wurde, sondern aktiv behindert. Von Warnungen an den Hauptangeklagten Thilo Paulenz über mögliche anstehende Durchsuchungen, dem auch hier fehlenden Benennen der faschistischen Hintergründe der Taten und auch dem einfachen Nicht-Verfolgen von Vorfällen. Dass Thilo Paulenz für einen dieser Fälle nun doch zumindest verurteilt wurde, ist dem mutigen Opfer des Angriffs zu verdanken. Dieser ist Taxifahrer und wurde im November von Thilo mit einem Schlagstock attackiert. Als er darüber Anzeige erstatten wollte, rührten die Bullen im Abschnitt 42 jedoch keinen Finger, woraufhin er Thilo selbst verfolgte. Erst nach einem weiteren Angriff während der Verfolgung und mit zwei Tagen Verspätung wurde er verhaftet. Da er offensichtlich aber auch bei der Justiz Kameraden hat, blieb es trotz seiner mehreren Vorstrafen für ähnliche Verurteilungen und den laufenden Verfahren über seine Brandanschläge bei einer Bewährungsstrafe.

Drei der Täter wurden bereits am Tag der Tat identifiziert, da einer der Bullen einen der Täter, von einem Einsatz in einer Kneipe, wiedererkannt hat. In eben dieser Kneipe fanden sie die drei an der Tat beteiligten Männer, 42, 44 und 51 Jahre alt. Die Identifikation der weiteren Täter, drei Frauen, erfolgte unter anderem an Hand von Videomaterial der BVG. Für die BVG wahrscheinlich nicht ohne Eigennutz, denn damit konnten sie sich schon mal mit vielleicht zukünftigen Kontrolleuren bekannt machen. Denn auch diese haben im Laufe des letzten Monats ein neues Schaubild dafür geliefert, dass sie eine lumpenhafte Schlägerbande sind. Beispielsweise wurde einer Frau bei einer Fahrkartenkontrolle im Januar der Finger gebrochen. Sie wurde festgehalten, da sie der Meinung waren, sie habe das Ticket in der App zu spät gelöst. Auch dieser Vorfall wurde nur publik, nachdem die Betroffene selbst in einem Instagramvideo davon erzählte.

Fälle wie der von Dilan beweisen immer wieder, dass wir weder in Fragen von faschistischen Angriffen, noch sonst etwas, in diesen Staat und seine Polizei vertrauen können. Ihre Aufgabe ist es nicht uns zu schützen oder zu helfen, sondern diese Ordnung aufrecht zu erhalten.

Dass die Faschisten keine Gefahr für diese Ordnung, sondern eine Ergänzung sind, sehen die Bullen offensichtlich auch so. Wir können uns nur verteidigen, indem wir uns zusammenschließen und uns gemeinsam selbst verteidigen. Wir müssen uns gegen die Angriffe von Faschisten wehren, wie auch gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Ein erfreulicher Schritt in diese Richtung war eine Demonstration, die am 20. Februar in der Nähe des Tatorts stattfand. Über 1000 Menschen versammelten sich, um ihre Solidarität mit Dilan zu verkünden. Der Demonstration fehlte es leider vor allem in der Führung, und den Redebeiträgen, außer Dilans, an der Entschlossenheit, etwas gegen die Bedingungen zu tun, die zu dem Angriff führten. Dazu kommt auch die zynische Teilnahme von Vertretern der Regierungsparteien Berlins, deren Polizei zentraler Teil des Problems sind, dass sie aber in keiner Form angehen. Der Faschismus wächst aus dieser Gesellschaft hervor und die Überzeugungen der Täter werden aktiv verbreitet, um uns als Klasse zu spalten. Wenn wir nicht die Grundlage dieses Problems mit der Wurzel zusammen ausreißen, werden wir es nie konsequent bekämpfen können. •



Demonstration in Solidarität mit Dilan

## „DISPARITÄTENAUSGLEICH“ AN HAMBURGER SCHULEN

Laut Informationen der Schulbehörden, die uns vorliegen, soll es in Hamburg einen sogenannten „Disparitätenausgleich“ geben, was die Verteilung der Lehrkräfte an Schulen angeht. Das bedeutet: Es gibt genug Lehrer in Hamburg, diese müssten nur anders verteilt werden. In den Arbeitervierteln gibt es chronischen Lehrermangel, der nicht nur den Druck auf das vorhandene Lehrpersonal erhöht, sondern vor allem für die Kleinsten unserer Klasse zum Nachteil wird. Das, obwohl die Stadt Hamburg laut Schulsenator Vorbild in Sachen Bildungspolitik ist. Das heißt, das, was eigentlich bereits ausreichend vorhanden ist, muss ausgeglichener aufgeteilt werden. Oder anders gesagt: „Lehrermangel und Lehrerüberschuss zugleich“, wie *t-online* titelte. Das beschreibt das Problem, das Hamburg mit dem „Disparitätenausgleichs“-Gedanken zu bewältigen hat.

Was bedeutet es, wenn die Stadt Hamburg es nicht schafft, dass Lehrer, also Angestellte des Staats, vernünftig und gerne an einer Schule im Arbeiterviertel zu arbeiten? Diese Schulen nennt die bürgerliche Presse häufig „Brennpunktschulen“. Was damit meistens gemeint ist, sind Schulen, deren Schülerschaft Teil der Arbeiterklasse in der BRD sind. Dass die Sorgen und Nöte der Kinder dieser Klasse nicht ernst genommen werden und sich keiner der herrschenden Klasse um sie kümmern will, ist nichts Besonderes in einem Staat, den es wegen der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse hier und in der Welt gibt.

Wer unterrichtet an diesen Schulen? Im besten Falle Lehrerinnen und Lehrer, die engagiert sind, die zuliebe der Kinder gerne mal andere Aufgaben ausüben, als die, die sie im Studium gelernt haben. Als Beispiel sei genannt, dass eher Streits geklärt werden und der Mathematikunterricht nicht nach Lehrplan und mit der angedachten Fülle an Zeit stattfinden kann. *„Ihre Umgebung ist alles andere als das beste Viertel der Stadt. Viele ihrer Schüler fühlen sich von der Gesellschaft ausgeschlossen und sehen für sich kaum Perspektiven für eine gute Zukunft. Lehrer an Brennpunktschulen stehen vor vielen Herausforderungen. Von ihnen wird ein überdurchschnittliches Engagement gefordert.“*, fasst der Schulbuchverlag Cornelsen zusammen. Der Verlag meint, dass Lehrerinnen

und Lehrer sich auf einiges gefasst machen müssen und höheren Ansprüchen entsprechen müssen: *„Sie brauchen von allem eine Extraportion: mehr Gelassenheit und Idealismus, mehr Empathie und Improvisationstalent, mehr Kollegialität“* (ebenda). Heißt im Klartext: Weil nämlich keine Kinder vor den Lehrern sitzen, die mit einem goldenen Löffel im Mund oder einem Akademiker im Haushalt geboren wurden, wird es etwas „komplizierter“ für die Lehrer.

Arbeiterkinder leiden systematisch unter mehr Problemen, da Wohnung, Lebensmittel, Auto und Kleidung immer teurer werden und die Arbeitsbedingungen für ihre Eltern immer härter. Mit dem Alltag klarkommen, sich vielleicht alleine durchschlagen, ohne Betreuung nach der Schule, weil die Eltern arbeiten; die Lehrer dieser Kinder stehen komplexeren Herausforderungen gegenüber, um Bildungserfolg bei diesen Kindern herbeizuführen. Die Kinder, die sich häufig nicht an die Regeln des herrschenden Systems halten, werden als „Problemkinder“ gebrandmarkt und unsere Viertel als „Problemviertel“.

Der „Disparitätsausgleich“ hängt stark mit dieser Thematik zusammen. Viele Lehrer sehen sich davon „abgeschreckt“. Einige sitzen lieber mit Kindern in der Klasse, die Teil der Klassen sind, denen es in diesem System gut geht. Angepasste Kinder, die die Realität der Unterdrückten nicht zu spüren bekommen, aber dafür auch im Sinne des (Schul)systems gut „funktionieren“. An diesen Schulen findet man in Hamburg genug Lehrer. An anderen Schulen in Arbeitervierteln herrscht oft Lehrermangel. Dem Hamburger Senat wurde schon oft vorgeworfen, nicht genug für die personelle Ausstattung in „sozial schwachen“ Stadtteilen zu tun. Das kommt nicht von ungefähr: Derzeit seien allein an den Stadtteilschulen 139 unbesetzte Lehrerstellen ausgeschrieben, davon die Hälfte an Schulen mit niedrigem Sozialindex, muss der Hamburger Senat zugeben.

Aber dahinter steckt noch ein anderes Problem: „Disparitätenausgleich“ braucht es vor allem, weil dem Bundesland Hamburg seit seiner Schulreform aus dem Jahre 2010 eine verwaltungstechnische Besonderheit innewohnt: Die Schulleitungen der

jeweiligen Schulen sind selbst für die Akquise von neuen Lehrkräften zuständig (Orientierungsrahmen Schulqualität Hamburg, 1.3.3 Personalmanagement). Das Konzept „selbstverwaltete Schule“ überfordert die Schulleitungen nicht selten. In anderen Bundesländern ist es die Regel, dass Lehrerinnen und Lehrer zentral über die Schulbehörde des Bundeslandes verteilt werden können. Die Arbeitsplätze werden also zentral vergeben. In Hamburg hingegen werden Lehrer lokal von den Schulen angeworben. Eine Schulleitung muss eine Kollegin „freigeben“, wenn diese Kollegin an einer anderen Schule arbeiten möchte. Der Schulleitung ist es selbst überlassen, neue Lehrer zu finden.

Darum wird jetzt durch die Behörde ein Ausgleich angeordnet. Es gibt jetzt auch die Möglichkeit, dass auch Lehrer von bestimmten Schulformen in eine andere wechseln müssen. Gleichzeitig werden die Gehaltsstufen von Grundschullehrern erhöht, um den bis 2030 prognostizierten Lehrermangel an Grundschulen abzufedern. So könnten in Zukunft auch Gymnasiallehrer in Hamburg auch abgeordnet werden, um an einer Grundschule zu arbeiten. Diejenigen, die sich dazu entschieden haben, nur mit den Kindern zu arbeiten, die dieses Schulsystem bereits für einen höheren Abschluss bestimmt hat, sollen auf Zwang auf alle Kinder losgelassen werden.

Eventuell müssen Lehrerinnen und Lehrer „zwangsversetzt“ oder gegen ihre konkreten Vorlieben an eine andere Schule „abgeordnet“ werden. Hier fristen sie dann ein Dasein in Frust und vielleicht sogar Überforderung, diese Umstände sorgen dann wiederum dafür, dass unsere Arbeiterkinder in der Schule keine gute Zeit haben

werden. Die Stadt Hamburg hat also gemerkt, dass ihr eigenes System nicht funktioniert. Aber das grundlegende Probleme eines jeden Bundeslandes bleibt eben gleich: Das System ist nicht von uns, also auch nicht für uns gemacht. Am Ende sind es die Kinder unserer Klasse, die darunter leiden: Im Moment unter Lehrermangel und später unter Motivations- und Kompetenzmangel der Lehrer. Ob mit oder ohne „Disparitätensausgleich“. Allein, dass es genug Lehrer gibt, aber es notwendig ist, Lehrer für die Kinder unserer Klasse abzuordnen, zeigt, wie marode das Schulsystem ist und wie wenig es den Interessen unserer Klasse dient. Davon abgesehen wird diese neue Regelung auch nichts nützen. Denn dieses Schulsystem dient von vorne bis hinten der herrschenden Klasse, es dient dazu, die Kinder von Anfang an in ein System hinein zu pressen, welches sie zu guten Arbeitern macht, die die Füße still halten und nicht aufbegehren gegen die Ausbeutung und Unterdrückung, von der dieses System lebt. Im besten Falle wachsen die proletarischen Kinder der BRD in einen brodelnden Klassenkampf hinein, den sie in Zukunft zielgerichtet zum lodern bringen werden. •



## WOHLERS EICHEN – WOHNEN AUF EINER GROSSBAUSTELLE



**B**auschutt, offene Decken, Glaswolle und Kabel, für die Mieter der achtstöckigen Großwohnanlage Wohlers Eichen in Oslebshausen inzwischen Normalität. Seit 2018 ist die Wohnanlage nämlich Eigentum der Vonovia SE und unter dem Vorwand, die Häuser in Sachen Lebensqualität und Umwelt auf den neusten Stand zu bringen, begannen noch im selben Jahr die Renovierungsarbeiten. Dafür wird nun seit fast vier Jahren die Miete ständig erhöht, doch die Renovierung dagegen geht nicht voran. Nachdem bereits im August 2019 hier ein Artikel darüber erschien, haben wir uns dort nochmal mit den Mietern unterhalten. Denn seitdem hat sich dort kaum etwas getan.

Seit nun fast vier Jahren wohnen die Mieter hier schon auf einer Großbaustelle. Die Decken sind offen, die Klingeln haben keine Schalter, überall kommen offene Kabel aus den Wänden und das Treppenhaus ist voll mit Baumaterial und Schmutz. Da bekommt man den Eindruck, dass da nach ein paar Wochen Arbeit alles stehen und liegen gelassen wurde. Doch Berichten der Mieter zufolge wird dort ab und zu immer wieder gearbeitet, was dann aber entweder nicht fertig, oder aufgrund schlechter Planung wieder kaputt gemacht wird. Dazu kommen immer wieder Störungen, wie zum

Beispiel am Fahrstuhl, oder das Licht im Treppenhaus funktioniert nicht. So berichtete uns ein Mieter: *„Das Problem ist die Baustelle, die wir hier jetzt haben, seit August 2018. Das dauert alles zu lange, das ist so schlecht organisiert, es wird eine Sache gemacht und dann direkt wieder kaputt gemacht, z.B. wird die Wand verputzt und dann kommen die Elektriker und müssen alles wieder aufreißen um ihre Kabel zu verlegen. Dann muss die Wand neu verputzt werden. Der Fahrstuhl fällt ständig aus wenn die hier arbeiten. Man ruft da 100 mal an, aber nichts passiert. Sie machen immer ein bisschen was und dann erstmal Ewigkeiten nichts mehr. Das Licht im Treppenhaus funktioniert manchmal eine Woche lang nicht. Am Anfang haben wir 6 Monate kein Licht gehabt hier im Gebäude. Ich habe bei Vonovia angerufen und gefragt, warum, und die haben gesagt, dass sie erst entscheiden müssen, welche Schalter sie nehmen wollen ... 6 Monate lang?“*

Auch einige einzelne Wohnungen sind davon betroffen, wie uns berichtet wurde: *„Sie haben bei mir im Badezimmer alles aufgerissen und jetzt machen sie da nichts dran, es geht einfach nicht weiter, wir leben hier wie die Tiere.“* Dass es Vonovia nicht darum geht, die Lebensqualität der Leute zu verbessern, wird hier nochmal ganz offensichtlich. Mit der Renovierung haben sie nur wieder einen Vorwand gefunden, mit Mieter-

höhungen noch mehr aus uns heraus zu pressen. So wurde nach dem Bericht eines Mieters die Wohnung mit der Übernahme von Vonovia und der Renovierung fast doppelt so teuer: „Ich wohne hier seit acht oder neun Jahren, als wir gekommen sind, haben wir für 3 Zimmer 550€ warm gezahlt. Aber dann kam Vonovia und hat das Haus übernommen, und dann wurde alles schlimm. Jetzt zahlen wir 960€ für die gleiche Wohnung!“

Die Renovierung, die rund ein Jahr dauern sollte, zieht sich jetzt schon fast vier Jahre. Seitdem leben die Mieter dort unter den unwürdigsten Umständen und müssen Angst haben, dass ihre Kinder sich an den Baumaterialien wie zum Beispiel Glaswolle oder der heraushängenden Elektrik verletzen, und Vonovia besitzt sogar noch die Frechheit, in die mit Baumaterial voll gestellten Flure Zettel zu hängen, auf denen sie die Mieter ermahnen, die Flure frei zu halten. Doch eine neue Wohnung zu finden, die man sich als Arbeiter leisten kann, ist kaum möglich.

Die andauernden Renovierungsarbeiten sind aber nur ein Problem von vielen, kaputte Parkplätze und ein verdrecktes Treppenhaus sind da an der Tagesordnung. So sollte zum Beispiel auch der seit 2019 kaputte Parkplatz bis März 2021 fertiggestellt werden, doch ein Jahr später ist er immer noch kaputt: „Seit 2019 ist der Parkplatz kaputt, der sollte bis März 2021 fertig sein, aber ist er immer noch nicht. Sie haben letztens erst den Bauschutt und die Baufahrzeuge da weggeräumt, aber der ganze Parkplatz ist immer noch kaputt. Bei schlechtem Wetter ist das noch schlimmer und die Leute müssen mitten auf dem Weg parken, da kommt dann auch kein Rettungswagen oder die Feuerwehr mehr durch. Das ist alles sehr gefährlich, aber das ist denen egal. Vonovia ist nicht gut. Ich habe viel telefoniert, aber Vonovia sagt ‚nicht unser Problem‘. Und über das Treppenhaus: „Für mich ist das inakzeptabel, wir zahlen hier Miete und die steigt immer weiter und nichts passiert hier. Wir zahlen auch Nebenkosten, aber es gibt keine richtige Gebäudereinigung. Wir arbeiten beide. Die sollten machen, wofür wir bezahlen, wir kriegen da nichts von! Das Gebäude ist sehr dreckig. Einmal war auch Kot im Fahrstuhl und der wurde einen Monat lang nicht weggemacht. Ich habe Angst, in den Lift zu gehen und wieder so was Ekelhaftes zu sehen. Man kann niemanden einladen hierher, weil alles dreckig und ekelhaft ist. Unsere Etage halten wir selber sauber, weil der Reinigungsdienst kaum kommt. Ich hatte auch ein

*schlimmes Erlebnis im Keller, da sitzen manchmal einfach fremde Männer und machen nichts, ich habe Angst in den Keller zu gehen. Die Tür unten ist kaputt, deshalb kann jeder rein und raus gehen wie er will. Man kann nicht richtig abschließen und auch Fremde, die hier im Keller sitzen, stecken Papier in die Tür, um die offen zu halten (...) Wir haben es sehr eilig auszuziehen, aber wir finden nichts, was wir bezahlen können. Wir suchen die ganze Zeit, aber ich weiß nicht, ob wir jemals was anderes finden werden. Die nehmen Miete jeden Monat und wir kriegen nichts davon, ich finde das absolut inakzeptabel!“*

Für die Mieter ist klar, dass es Vonovia egal ist, unter welchen Umständen sie da leben müssen, solange sie fett Miete kassieren können. Denen ist nämlich klar, wie schwer es für uns ist, eine neue Wohnung zu finden, die man sich leisten kann, und deswegen können sie das mit uns machen. Sie erhöhen die Miete unter dem Vorwand der Erhöhung der Lebensqualität, aber lassen einen in einem regelrechten Drecksloch wohnen. Dazu schamlose Lügen, um sich weiter ihre Taschen füllen zu können. Ein Mieter berichtete: „Wir sind im Juni 2018 hergezogen, bei der Besichtigung haben die nichts gesagt von der Renovierung, und jetzt leben wir hier die ganze Zeit auf einer Baustelle. Bis Ende 2019 sollen wir Geduld haben, hat Vonovia gesagt. Aber im kapitalistischen System sind die Menschen egal, es zählt nur das Geld.“ Und damit hat er recht. Wir leben in einem System, in dem wir Arbeiter nicht zählen, ein System, in dem mit unseren Grundbedürfnissen Profit gemacht wird und uns nur so viel zugestanden wird, dass wir da gerade noch mitmachen. So lange es dieses System gibt, wird sich aber für uns nichts zum Besseren wenden. Wir müssen kämpfen und gemeinsam dieses dreckige System zerschlagen. •



## ÜBERBLICK ÜBER DIE AKTUELLEN TARIFKÄMPFE



Transparent bei der diesjährigen Demo zum 8. März in Essen

**M**omentan gibt es in unterschiedlichen Bereichen Tarifverhandlungen, an dieser Stelle wollen wir über diese Kämpfe berichten. Sie sind alle Ausdruck des Kampfes um bessere Arbeitsbedingungen. Vor allem mit der zunehmenden Krise entwickeln sich die Kämpfe und die Streikbereitschaft wächst. Was viele Arbeiter verstehen, ist, dass in den Zeiten der ökonomischen Krise bereits gewonnene Errungenschaften verloren gehen. Dies führt immer wieder zu Kämpfen um Lohn und zur Verteidigung der Arbeiterrechte.

### STREIKS DER LUFTSICHERHEITSKRÄFTE

Zuletzt haben am Flughafen Köln/Bonn und Düsseldorf die Arbeiter der Flugsicherheit gestreikt. Dies führte unter anderem dazu, dass es am 25. Februar in Düsseldorf zu Ausfällen von 80 Abflügen und 60 Anflügen kam. Bei dem Streik soll es zu einer sehr hohen Streikbeteiligung gekommen sein. Auch die Ankündigung für den Streik am Flughafen Köln/Bonn sorgte im Vorfeld für Schlagzeilen wie „Schock für 13.000 Reisende am Flughafen Köln/Bonn: Fast alle Flüge sollen Streikchaos zum Opfer fallen“ und zeigte, dass schon im Vorfeld versucht wird, die Streiks zu delegitimieren. Die Verhandlungen stehen gerade in der zweiten Runde und von Seiten des Bundesverbands der Luftsicherheitsunternehmen kommt ein Angebot, welchem kein Arbeiter zustimmen kann. Die angebotenen Lohnerhöhungen sind so gering, dass sie schon jetzt von der Inflation aufgeessen werden.

Die Forderung liegt aktuell bei einem Euro mehr die Stunde. Eine andere Forderung der Streikenden ist „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, denn im Luftsicherheitsgewerbe gibt es je nach Region Unterschiede in der Bezahlung. Dies führt unter anderem zu einer Zersplitterung der Belegschaft und die Beschäftigten können dann so gegeneinander ausgespielt werden. Es ist genau richtig, diese Zersplitterung zu bekämpfen und so eine Einheit unter den Beschäftigten herzustellen.

### STREIKS UND VERHANDLUNGEN BEI DER AOK

Am 22. Februar haben GDS und Ver.di zum Streik bei der Krankenkasse AOK aufgerufen. Die GDS organisierte neben der Streikkundgebung vor dem AOK Nord Hauptgebäude in Berlin auch eine Streikkundgebung am Rand der Essener Innenstadt. Die Streikenden kämpfen für einen Tarifvertrag, der alle Teile der AOK abdeckt, doch die AOK plant, ihre Beschäftigten im Teil der AOK Nord nicht in den Tarifvertrag mit einzubeziehen. Damit würde ein Ziel, welches in der Tarifrunde von 2006 erreicht wurde – und zwar die Tarifgleichheit zwischen Ost und West – wieder angegriffen werden. Auch hier wird versucht, einen Teil der Arbeiter der AOK gegen einen anderen auszuspielen und durch Lohngefälle die Arbeiter zu spalten. Die AOK begründet den Schritt, dass sie den einen Teil ihrer Angestellten schlechter bezahlen, damit, dass ihre Ausgaben aufgrund der Reformen des früheren Gesundheitsministers zu hoch seien. Neben der Tarifeinheit will Ver.di für die Angestellten auch

eine Lohnerhöhung von 5,9 Prozent durchsetzen. Diese angestrebte Lohnerhöhung liegt gerade über der aktuellen Inflation. Der AOK ist das trotzdem zu viel und sie bietet gerade einmal 1,7 Prozent und eine Einmalzahlung von 1.000 Euro an.

## TARIFVERHANDLUNGEN IM TVÖD-SUE

Am Freitag, den 25. Februar starteten die Tarifverhandlungen für den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes Sozial- und Erziehungsdienst. Die Tarifverhandlungen wurden 2020 mit der Begründung von Corona eingestellt und für zwei Jahre auf Eis gelegt. Jetzt gab es nach Jahren der Pause wieder erste Verhandlungsgespräche. Die VKA („Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände“) lehnte alle Forderungen der Gewerkschaft ab und zeigte, dass sie keine Interesse an den Verhandlungen hat. Auf die gestellten Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen reagierte die VKA so: Man wisse, dass man etwas machen muss, jedoch wären die von Ver.di gestellten Forderungen keine Möglichkeit, da man diese finanziell oder personell nicht umsetzen könne. Im Fokus der gestellten Forderungen steht vor allem die Frage der Entlastung der Erzieher. Dabei geht es vor allem um die Frage der Zeit für Arbeiten, die neben der unmittelbaren Arbeit mit den Kindern zu erledigen sind. Ver.di forderte eine klare Regel für Vor- und Nachbereitungszeit von pädagogischen Angeboten und anderen mittelbaren Aufgaben. Dass die VKA zugibt, dass es die Probleme gibt, aber sich weigert, diese anzugehen, da der Mangel an Fachkräften noch größer wird, zeigt, wie wenig sich die Arbeitgeberverbände für ihre Angestellten interessieren. Besonders relevant ist es, da es sich bei der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände um einen rein staatlichen Arbeitgeberverband handelt. Ein Staat, der angeblich immer im Wohle all seiner Bürger handelt, zeigt, dass er am Ende des Tages nur den Profit vor Augen hat und nicht bereit ist, sich um seine Angestellten zu sorgen.

In Fragen der Löhne will Ver.di durchsetzen, dass alle Erzieher in die Entgeltgruppe S8b eingruppiert werden. Dies würde in der ersten Stufe Brutto einen Unterschied von knapp 90 Euro ausmachen und mit höherer Einstufung würde das einen Unterschied bis 400 Euro Brutto ausmachen. Auch hier wird von Seiten der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände ein Angebot gemacht, das die Forderungen weit unterschreitet.

Die von Ver.di gestellten Forderungen haben das erklärte Ziel, den Beruf für junge Leute attraktiver zu machen, um den Personalmangel zu beheben. Dass dies notwendig ist, zeigen die ermittelten Zahlen deutlich. Aus einer Ver.di Umfrage ging hervor, dass 173.000 Stellen bundesweit fehlen, laut Prognose sollen es bis zum Jahr 2025 sogar über 300.000 fehlende Fachkräfte sein. Die Forderung zur Behebung des Personalmangels ist auch in Gesprächen mit Erziehern die meistgenannte Forderung. Eine Erzieherin meinte: „Was soll ich mit S8b anfangen? Das kann ich mir in die Haare schmieren, wenn ich keine Kollegen habe, um vernünftig zu arbeiten.“ Das, was die Erzieher in den Kindertagesstätten fordern, sind vor allem bessere Umstände um zu arbeiten, was vor allem mehr Kollegen bedeutet, um die Arbeitslast zu verteilen, und nur in zweiter Linie höhere Löhne.

Auch wenn Ver.di nur für die Angestellten im öffentlichen Dienst verhandelt, betrifft dieser Tarifabschluss dann weit aus mehr Teile. Der Vertrag ist für viele private Träger die Vorlage für ihren Arbeitsvertrag. Aus diesem Grund erhalten auch Erzieher von anderen Trägern erkämpfte Lohnsteigerungen oder bessere Arbeitsbedingungen.

## STREIKEN IST GERECHTFERTIGT!

In allen drei Tarifverhandlungen stellen sich die Arbeitgeberverbände gegen die Forderungen ihrer Angestellten und versuchen, diese auszusetzen, oder versuchen, die verschiedenen Bereiche durch ungleiche Löhne gegeneinander auszuspielen. Besonders dreist ist dabei die AOK, welche ankündigt, den Tarifvertrag nur auf bestimmte Gebiete ihres Unternehmens anzuwenden. Das kann man sich als Arbeiter nicht gefallen lassen und man sollte den faul ausgehandelten Kompromiss ablehnen. Denn die ökonomische Krise entwickelt sich immer weiter und die Arbeitgeberverbände versuchen, sie auf den Rücken der Beschäftigten abzuwälzen. Jeder Cent mehr in der Tasche muss hart erkämpft werden und wird uns nicht geschenkt; aus diesem Grund ist es wichtig, die Kämpfe mit einer hohen Bereitschaft zu führen und sich nicht von kleinen Geschenken einlullen zu lassen. Insbesondere sollten die Arbeiter sich nicht mit Zugeständnissen zufrieden geben, die die Gewerkschaftsführung gegenüber den Ausbeutern machen. Wenn die Führung nicht bereit ist zu kämpfen, muss man über ihre Köpfe hinweggehen. •

## „LIEBER STERBEN ALS AUSZIEHEN“ - VERDRÄNGUNG IM METZGERGRÜN



**I**m Freiburger Stadtteil Stühlinger steht das Quartier Metzgergrün. Hierbei handelt es sich um eine Gruppe von Reihenhäusern mit kleinen Gärten. Sie befinden sich ziemlich nah am Hauptbahnhof und der Innenstadt und sind angesichts ihrer Lage und der durchschnittlichen Mietpreise in Freiburg sehr bezahlbar. Um das ins Verhältnis zu setzen: Der Durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter in Freiburg liegt bei 15 Euro. In einigen Wohnungen im Metzgergrün kann man noch für 6 Euro pro Quadratmeter wohnen. Bereits vor einem Jahr hatten wir über die unangekündigten und brutal durchgesetzten Baumfällungen dort berichtet. Diese waren ein erster Schritt dabei, den Plan der Freiburger Stadtbau umzusetzen, dort neue Wohnungen zu schaffen. Obwohl die Stadtbau im Voraus groß rumgetönt hatte, alles ganz transparent zu gestalten, standen auf einmal Bauarbeiter in den Gärten, begleitet von Cops und Sicherheitsdienst, die die Fällung durchsetzten, indem sie Mieter aus ihren Gärten schleiften.

Für die neuen Wohnungen, die entstehen sollen, müssen dann natürlich die alten weichen, was bedeutet,

dass die jetzigen Bewohner ihr Zuhause verlieren. Die Stadtbau hat zwar versprochen, dass sie in die Neubauten einziehen dürfen und sagt sogar, sie wolle für die ersten fünf Jahre die Mieten nicht weiter erhöhen. Aber derlei Versprechungen haben sich in Freiburg schon wiederholt als Farce herausgestellt. Spätestens nach den fünf Jahren wird dann wohl ohnehin Schluss sein mit bezahlbarem Wohnen, wie sich wieder und wieder gezeigt hat. Die geplanten Sozialwohnungen im Quartier werden schon jetzt aller Voraussicht nach teurer sein, als Teile des heutigen Bestands.

50 Prozent der neu gebauten Wohnungen sollen sozial gefördert werden, wobei allerdings die Hälfte davon gar nicht auf dem aktuell bebauten Areal entstehen wird. Der Rest der Wohnungen wird sich dann aus Privat- und Eigentumswohnungen zusammensetzen, was den Mietspiegel noch mal weiter nach oben treiben dürfte. Die geplanten Sozialwohnungen sind dann zu allem Überfluss auch noch als Schallmauer für die neuen Eigentumswohnungen konzipiert und stehen direkt an einer Bahnstrecke. Durch die dichtere Besiedlung wird außerdem eine Menge Grünfläche

vernichtet, die ein beträchtliches Maß Lebensqualität bedeutet. Wo heute jedes der Häuser einen kleinen Garten hat, gibt es den in Zukunft nur noch für diejenigen, die sich das leisten können. Wer sich Wohneigentum leisten kann.

Die Stadtbau besitzt auch noch die Dreistigkeit, davon zu sprechen, die Bewohner in die Planung des Bebauungsprojektes einbinden zu wollen. Was davon zu halten ist, haben sie letztes Jahr gezeigt, als sie unangekündigt und weit vor der Zeit begannen, Bäume zu fällen und Gärten zu zerstören, obwohl diese zu dem Zeitpunkt noch Gegenstand einer Widerspruchsklage waren. Viele Mieter haben bis heute keine Wiedergutmachung für die dabei entstandenen Schäden bekommen und die Stadtbau sträubt sich konsequent, auch nur einen Schritt auf die Mieter zuzumachen. Das hat immerhin auch mittlerweile dazu geführt, dass einige Anwohner, die sich um Gespräche mit Vertretern der Stadtbau bemüht hatten, ihre Illusionen haben fallen lassen.

Vollkommen zurecht haben sich also auch die Bewohner des Metzgergrün von Anfang an gegen diese Pläne gewehrt. Die diplomatischen Bemühungen haben sich dabei als totaler Reinfluss herausgestellt. Allerdings haben sich Leute auch von Anfang an mit anderen Mitteln gewehrt. Wer durch die Ferdinand-Weiß-Straße an den Reihenhäusern mit Garten und dem Bolzplatz vorbeigeht, der wird feststellen, dass dort an fast jedem der Häuser mindestens ein Transparent hängt, das sich gegen den Abriss ausspricht. Parolen wie „Abriss? Nein danke! Wir wollen bleiben!“ oder „Lieber sterben als ausziehen!“ sind dort zu lesen. Auch Demonstrationen wurden durchgeführt und in unterschiedlichen Momenten auch versucht, mit juristischen Mitteln gegen das dreiste Vorgehen der Eigentümerin vorzugehen.

Seit unserem letzten Artikel gibt es vor allem eine große Änderung: Der Bebauungsplan wurde offiziell durch die Stadtverwaltung genehmigt. Die Verwaltung gibt dabei sogar zu, dass sie viele Einwände und Stellungnahmen erhalten habe, sieht dabei aber nichts, was das Bauvorhaben in Frage stellen könnte. Am 17. Mai wird dann der Freiburger Gemeinderat Nägel mit Köpfen machen. Das Bauvorhaben kann aber jetzt weitergeführt werden, weil davon ausgegangen werden kann, dass der zustimmen wird. Das heißt, dass in naher Zukunft die erste Baugrube ausgehoben wird, und auch die Verlegung des Bächleins Runz soll wohl bis Mitte März fertig gestellt sein.

Das geplante Projekt ist nur eines von vielen ähnlichen überall in Deutschland. Die akute Wohnraumknappheit in Freiburg wird als Rechtfertigung dafür benutzt, alte, bezahlbare Wohnungen abzureißen. Die Begründung, warum bei jedem dieser Projekte in den vergangenen Jahren Eigentumswohnungen gebaut wurden geht, ungefähr so: *Es gibt zu wenig Wohnraum, also wird neuer gebaut.* Eine reiche Familie, die sich eine Eigentumswohnung leisten kann, zieht um in einen Neubau und verlässt eine bezahlbare Wohnung in einem Altbau. Dort könnten dann angeblich Menschen einziehen, die bis jetzt beengt in einer billigen Wohnung wohnen mussten. Dass mit einem Umzug auch immer Leerstand und in den meisten Fällen Modernisierungen einhergehen, die den Mietpreis in die Höhe treiben, wird dabei ignoriert. Das Ergebnis ist also nur eine Erhöhung des Mietpiegels und mehr Wohnraum für Reiche, während sich die meisten Leute eine Wohnung in Freiburg kaum leisten können.

Mit der aktuellen Krise wird diese Entwicklung natürlich nur noch drastischer. Alles wird teurer, Strom, Benzin, Lebensmittel. Wie soll man da noch seine Miete zahlen, vor allem, wenn die auch einfach immer weiter steigt. Die Chefs wollen uns nicht mehr Lohn zahlen und die Gewerkschaftsführung kapituliert davor, den Kampf für unsere Interessen konsequent zu führen. Ein Anwohner sagte uns sehr deutlich *„Wenn die mich rauswerfen, können die mich gleich ins Grab legen. Ich habe mein ganzes Leben in der Wohnung hier drinnen stecken, und wenn sie diese Wohnung zerstören, zerstören sie das mit.“*

Der Kampf für ein Recht auf Wohnraum ist gerechtfertigt und muss geführt werden. Viele der Anwohner haben ihre Illusionen in die bisher genutzten Mittel verloren. Daraus darf aber nicht der Schluss folgen, einfach aufzugeben. Im Gegenteil, der Kampf muss um so entschlossener geführt werden. In diesem Staat wird uns nichts geschenkt. Kein Gericht wird uns dazu dienen, unsere Interessen als Arbeiter durchzusetzen. Unsere Vermieter werden nicht durch Verhandlungen zum Nachgeben bewegt. Was wir brauchen ist Organisation. Wir müssen uns zusammenschließen und organisiert für unsere Rechte kämpfen. •

## MURALS – KUNST FÜR DAS VOLK AUF STEIN UND BETON



„Die Revolution“ – Mural von Alfaro Siqueiros

Das Wände mit Bildern bemalt werden, ist nicht neu, sondern so alt wie die Menschheit selbst. Schon in der Steinzeit malten die Menschen Informationen, wie zum Beispiel über Tiere, die in der Gegend lebten, in Form von Höhlenmalerei auf Wände. Große Wandbilder, die man immer wieder und immer häufiger im Straßenbild großer Städte findet, haben trotzdem durch ihren Ursprung einen besonderen Charakter: „Murals“ (abgeleitet vom Wort *mūrus*, lateinisch für *Wand*) entstanden in Mexiko und sind tief verbunden mit dem mexikanischen Bürgerkrieg von 1910 – 1920. Anfangs dienten sie zur Verbreitung von Informationen für die analphabetische Bevölkerung. Schnell entwickelte sich daraus eine fortschrittliche Kunstströmung, der sogenannte „Muralismus“. Diese Strömung war aufs Engste mit den fortschrittlichen Kräften der revolutionären Aufstände verbunden. In den großen Wandbildern wurden Szenen aus dem Kampf der Arbeiter und Bauern gezeigt oder die Großgrundbesitzer verurteilt. Einer der größten Künstler und Mitinitiator des Muralismus war David Alfaro Siqueiros, auch Teil der sogenannten „Drei Großen“ des Muralismus. Er war Mitglied der Kommunistischen Partei Mexikos, kämpfte mit der Waffe in der Hand und führte den Kampf gegen den Revisionismus seiner Zeit.

Auch heute noch sind auf der ganzen Welt Murals zu finden und sie sind ein wichtiger Teil des Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Politische Kunst ist ein wichtiger Träger für Botschaften und Ideen. Aus

diesem Grund gibt es auch überall, wo es Volkskämpfe gibt, Kunst, die diese Kämpfe unterstützt. So wurden in den peruanischen Gefängnissen von den revolutionären Kriegsgefangenen und den politischen Gefangenen große Teile der Gefängniswände mit Wandbildern über den Volkskrieg in Peru umgestaltet. Auch im irischen Freiheitskampf haben Wandbilder eine wichtige Rolle gespielt, unter anderem, um auf Gefangene wie zum Beispiel Bobby Sands aufmerksam zu machen. Dafür wurden teils haushohe Bilder von ihm gemalt. Diese Bilder haben nicht nur die Kampfmoral der Inhaftierten gestärkt, sondern trugen auch zur Verbreitung und Bekanntmachung der Inhaftierten bei.

In einer Welt, in der die größten Kommunikations- und Nachrichtenkanäle in den Händen der herrschenden Klasse liegen und die Herrschenden damit auch letztendlich entscheiden, was verbreitet wird, besitzen Wandbilder wie auch andere Arten der revolutionärer Kunst die Möglichkeit, Ideen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Es gibt keine staatliche Kontrolle über den Inhalt, sie können nicht gegen irgendwelche Richtlinien „verstoßen“ oder durch die Manipulation von Algorithmen auf Socialmediaplattformen versteckt werden. Wandbilder sind mit ihren öffentlichen Charakter ein Ausdruck der breiten Massen. Jeder kann sich die Wände aneignen und mit ihnen eine Botschaft verbreiten. Man braucht kein Papier, kein teures Handy oder einen Computer, das einzige, was man braucht, sind Farbe und Pinsel, die man in jedem Baumarkt beschaffen kann.

Die Macht, die diese Botschaften von den Wänden ausstrahlen, war auch in China zu Zeiten der Kulturrevolution bekannt. Millionen von Menschen haben durch Dazibaos („Plakate mit großen Buchstaben“ bzw. Wandzeitungen) ihrer Stimme Gehör verschafft und Standpunkte und Personen, die nicht ihre Interessen vertraten, benannt und kritisiert. Mit einfachen Mitteln konnte jede Person ihr Anliegen auf die Straße, ins Viertel, die Schulen, Betriebe oder Universitäten bringen und so öffentliche Meinung schaffen. Diskussionen um richtige und falsche Standpunkte konnten so entstehen und entwickelt werden.

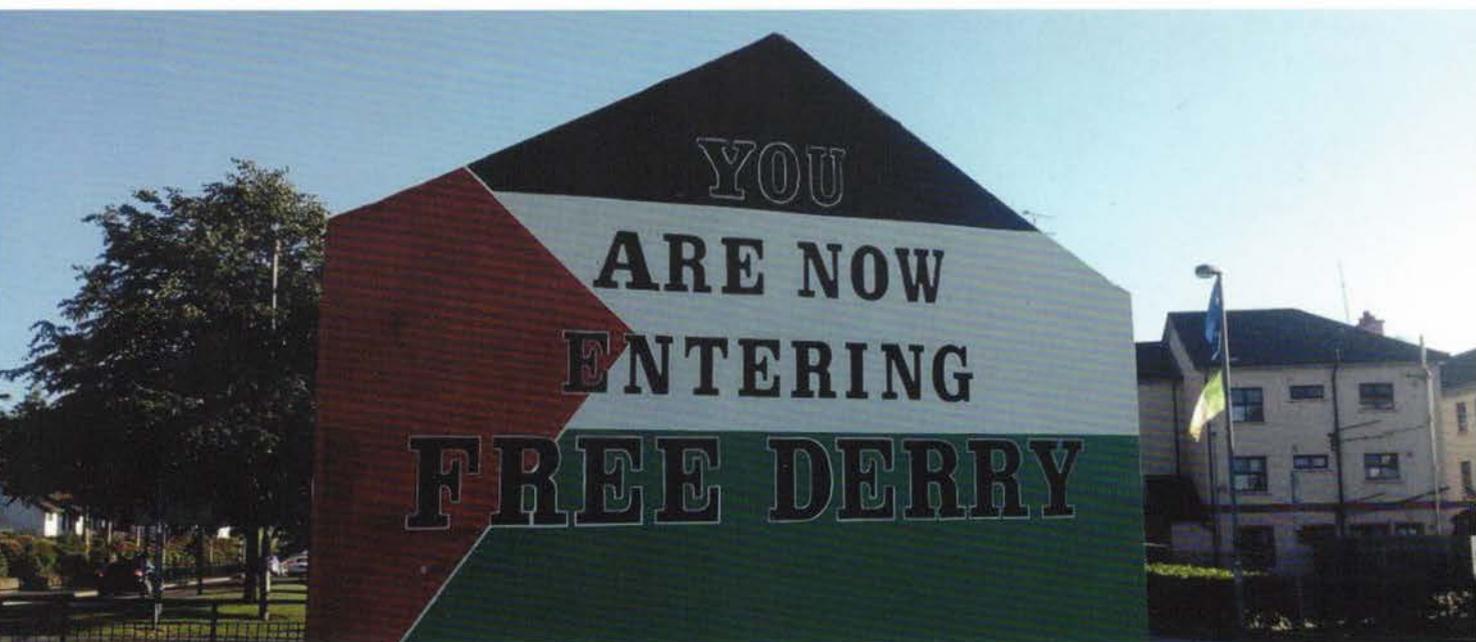
Die Wände zu nutzen – sei es mit Sprühdose, Pinsel oder auch simplen Dazibaos – ist also eine einfache Möglichkeit für Jeden, seine Meinung kundzutun und viele Leute zu erreichen. Das weiß auch der Staat und versucht so auf verschiedenen Wegen, den Raum für Malungen von Jahr zu Jahr kleiner zu machen. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass immer mehr Wände durch staatlich ausgeschriebene Aufträge von professionellen Künstlern bemalt werden. Wo gestern Liebesbekundungen standen, politische Slogans prangten und Sprayer etwas gemalt haben, findet man heute von irgendwelchen gekauften Künstlern gemalte charakterlose Bilder ohne Ecken und Kanten.

Nicht nur wird so die Möglichkeit, Kunst für jeden zugänglich zu machen, erschwert, sondern auch ein elitäres Bild von Kunst weiter vorangebracht. Kunst sei nur was für Profis, denn die Ausschreibungen gehen natürlich an die „anerkannten“ Künstler,

die damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Ein anderes Argument, das immer wieder auftaucht, ist das angebliche Bestreben, junge Künstler aus der „Illegalität“ zu holen und ihnen eine Möglichkeit zu geben, ihre Kunst auf legalem Weg zu verwirklichen. Dazu bekommen diese Künstler auch noch ein relativ hohes Honorar und werden schlicht gekauft, denn meistens ist es an die Bedingung geknüpft, nicht mehr illegal zu malen.

Dass in diesen Malereien nicht die eigene, möglicherweise von der Staatsräson abweichende Meinung erwünscht ist, sondern nur die, die allgemein als akzeptiert gilt, sollte jedem klar sein. Ein anderer Weg, diese Kunst in legale Rahmen zu kanalisieren, ist die Frage von sogenannten Halls. Flächen, die jeder nutzen kann; vor allem junge Künstler können sich an diesen Flächen üben und ihre Fähigkeiten entwickeln. Der Nachteil ist, dass diese Wände viele Nutzer anlocken. Auch die schönsten Kunstwerke sind nach kurzer Zeit von einer neuen Farbschicht überdeckt.

Der Staat versucht, Kunst im öffentlichen Raum in „gute Graffiti“ und „dreckige Schmierereien“ zu spalten, um so nicht genehme Kunst und vor allem politische Botschaften zurückzuweisen und so einen Grund zu finden, diese wieder zu entfernen. Auch wenn durch solche Maßnahmen der Raum, um seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, immer weiter eingeengt werden soll, werden die Massen immer Mittel und Wege finden, ihre Botschaften an die Wände des öffentlichen Raumes zu bringen. •



Wandbild in Derry, Nordirland

[www.demvolkedienern.org](http://www.demvolkedienern.org)

*Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.*

## TERMINE IM APRIL

### **BREMEN**

Café Rebellion  
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)  
Jeden Mittwoch  
ab 17 Uhr

**1. MAI- INTERNATIONALER KAMPFTAG  
DER ARBEITERKLASSE  
DEMONSTRATION IN BREMERHAVEN**

## LOKALE KONTAKTE

### **BADEN-WÜRTTEMBERG**

Internationalistisches Kollektiv Freiburg |  
[interkollektivfr@protonmail.com](mailto:interkollektivfr@protonmail.com)

### **BERLIN**

Internationalistisches Kollektiv Berlin |  
[inter\\_kollektiv@gmx.de](mailto:inter_kollektiv@gmx.de)

### **BREMEN**

Rotes Frauenkomitee Bremen | [rfk.bremen@gmx.de](mailto:rfk.bremen@gmx.de)  
Rotes Kollektiv Bremen | [rotes-kollektiv-bremen@riseup.net](mailto:rotes-kollektiv-bremen@riseup.net)

### **HAMBURG**

Kollektiv Rotes Hamburg | [rotes\\_kollektiv@gmx.de](mailto:rotes_kollektiv@gmx.de)  
Rotes Frauenkomitee Hamburg |  
[rotes\\_frauenkomitee\\_hamburg@gmx.de](mailto:rotes_frauenkomitee_hamburg@gmx.de)

### **NRW**

Rebellion Ruhr | [rebellionruhr@web.de](mailto:rebellionruhr@web.de)

### **DAS TITELBILD**

*Kundgebung gegen den imperialistischen Krieg am diesjährigen 8. März in Bremerhaven vom Roten Frauenkomitee.*

Quelle: [demvolkedienern.org](http://demvolkedienern.org)

**ROTE  
POST** 